

Vortrag Existenzängste einer Psychiatrie-Erfahrenen

Doris Steenken, 44 Jahre, EU-Rentnerin + Grundsicherung

Zuerst möchte ich mal darauf hinweisen, dass es in meinen Vortrag nicht nur um finanzielle Existenzängste geht.

Denn wenn man in den Mühlen der Psychiatrie gelangt, oder jahrelanges Mobbing ertragen musste, entwickelt man auch Existenzängste. Während meiner Psychiatrie-Karriere hatte ich z. B. wahnsinnige Angst, auf dieser Welt fehl am Platz zu sein.

Mein Werdegang:

Ich bin mit einem Hüftschaden auf die Welt gekommen und lag im Säuglingsalter ca. 6 Monate stationär in einer Spreizhose. Da die Behandlung kein Erfolg zeigte, musste ich 3 mal an den Hüften operiert werden. Dadurch habe ich nur ein paar Monate vom Kindergarten mitbekommen. Danach besuchte ich

- 4 Jahre die Grundschule,
- 2 Jahre die Orientierungsstufe,
- 3 Jahre Hauptschule,
- 1 Jahr Hauswirtschaftsschule,

- Mein Traumberuf war eigentlich Krankenschwester. Da ich aber auf einen Ausbildungsplatz als Krankenschwester über 6 Jahre warten musste, absolvierte ich erst einmal eine Ausbildung als Verkäuferin

- Verkäuferin in einem großen Kaufhaus in Stuttgart,
- Filialleiterin im Lidl in Göppingen
- angestellte Handelsvertreterin in Süddeutschland,

- selbstständige Handelsvertreterin in Süddeutschland. Dort hatte ich 4000 Euro zur freien Verfügung. Zu der Zeit hatte ich im Traum nicht daran gedacht, dass ich irgendwann mal mit viel weniger Geld auskommen musste. Dann habe ich einen Krankenpfleger kennen gelernt und bin dadurch noch zu meiner Ausbildung als Krankenschwester gekommen.

Nach der Ausbildung habe ich noch ein Jahr als Examinierte Krankenschwester gearbeitet. Den Beruf musste ich dann leider wegen langjähriger Schulterbeschwerden aufgeben.

Dann habe ich eine Stelle als Verkäuferin auf Helgoland angefangen. Dieses Arbeitsverhältnis wurde nach ein paar Wochen vom Arbeitgeber aufgekündigt, da ich den Anforderungen nicht mehr standhalten konnte.

Dann fand ich eine Stelle als Rettungsschwimmerin ebenfalls auf Helgoland.

Während meiner Berufstätigkeit als Rettungsschwimmerin traten dann deutlicher die motorischen Störungen, Konzentrationsstörungen und Schlafprobleme auf.

Für bestimmte Arbeiten, für die ich ansonsten ca. 20 Minuten brauchte, benötigte ich nun auf einmal mindestens ca. 45 Minuten.

Ich wurde immer langsamer und unkonzentrierter. Nach 2 Jahren kamen Krampfanfälle hinzu, sodass ich 2 mal im Krankenhaus eingewiesen wurde.

Da Verdacht auf Gehirntumore oder Multipler Sklerose bestand, wurde ich in einer Neurologischen Klinik überwiesen. Nach zweiwöchigen stationären Aufenthalt, der mit vielen Untersuchungen verbunden war, wurden die Verdachtsdiagnosen zum Glück nicht bestätigt.

Aber es wurde schon eine erhebliche Beeinträchtigung in der beruflichen Leistung festgestellt, sodass ich für den ersten Arbeitsmarkt aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stehen konnte. Meine Tätigkeit als Rettungsschwimmerin musste ich deshalb aufgeben.

Dieses Ergebnis war für mich ein riesiger Schock, da ich eigentlich sehr aktiv bin und gerne arbeite. Außerdem hatte mir die Arbeit als Rettungsschwimmerin sehr viel Spaß gemacht. Ich wollte immer unabhängig sein. Um mit dieser neuen Situation erst mal fertig zu werden, machte ich eine Psychotherapie.

In der Therapie lernte ich, mit meiner Beeinträchtigung fertig zu werden und die Behinderung in

mein Leben mit zu integrieren. Außerdem musste ich mich nun völlig umorientieren. Ich wollte eine Berufsfindungsmaßnahme machen, um herauszufinden, ob es nicht doch noch eine Tätigkeit gibt, die ich uneingeschränkt ausüben kann, um somit die Beeinträchtigung im Arbeitsleben zu umgehen.

Diese wurde leider vom medizinischen Dienst des Arbeitsamtes abgelehnt, da die Voraussetzung bei mir nicht erfüllt sei, dass ich auch anschließend garantiert 3 Jahre wieder auf den ersten Arbeitsmarkt arbeiten könne. Mir wurde die Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt vorgeschlagen. Somit begann ich eine RehaMaßnahme in einer WFBM. Erst wurde ein Jahr bewilligt und dann nochmal für ein Jahr verlängert. Während dieser Zeit bekam ich 1500 DM im Monat Übergangsgeld vom Arbeitsamt.

Mit dem Geld bin ich auch noch gut ausgekommen. Die Arbeit machte trotz Beeinträchtigung Spaß und es war ein entspanntes, gelockertes und somit auch ein sehr angenehmes Arbeitsklima. Da sich mein gesundheitlicher Zustand nicht verbessert hatte und somit keine Aussicht bestand, um auf den ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen, wurde für mich ein Behindertenausweis und auch die Erwerbsunfähigkeitsrente beantragt. In der WFBM wurde ich im Produktionsbereich übernommen. Ich bekam dann eine EU-Rente in Höhe von ca. 500 DM. Hinzu kam Wohngeld und 370 DM Taschengeld von der WFBM für meine Leistung. Da es dort ein zehnpunkte Bewertungssystem gab, wurde das Taschengeld meiner Meinung nach viel zu gering gehalten. Vier mal musste ich meinen Werkstattlohn sogar gerichtlich einklagen, da im Krankheitsfall das Taschengeld dort nicht weitergezahlt wurde. Außerdem war die Arbeit mittlerweile so eintönig geworden, dass ich total unterfordert war. Es wurde ein wahnsinniger Arbeitsdruck von den Gruppenleitern ausgeübt. Uns wurde sogar von den Sozialarbeitern vorgehalten, dass wir doch froh sein könnten, dort arbeiten zu dürfen. Ein WFBM-Beschäftigungsplatz kostet heutzutage monatlich ca. 1300 Euro. Davon erhält der Beschäftigte ca. 300 Euro und der Rest verbleibt in der WFBM.

Da ich ja weiterhin an den motorischen Störungen, Konzentrationsstörungen und Schlafprobleme litt, sollten weiter ambulante Untersuchungen beim niedergelassenen Neurologen erfolgen, um die Ursachen dafür herauszufinden. Dieser Arzt nahm meine Beschwerden überhaupt nicht ernst. Er fragte mich immer wieder, wie es mir geht und ich berichtete ihn immer wieder von meinen Beschwerden. Daraufhin schickte er mich jedes mal mit einem neuen Termin nach Hause. Es wurden keine Untersuchungen zur Aufklärung der Ursachen meiner Beschwerden vorgenommen. Nach ca. einem Jahr bekam ich aus heiterem Himmel die Diagnose Borderline Persönlichkeitsstörung übergestülpt. Da der Arzt sehr eng mit der WFBM zusammenarbeitete, wurden alle meine Beschwerden und Nöte auch in der WFBM als psychisch Krank abgestempelt. Ich wurde deshalb nirgendwo mehr ernst genommen. So langsam verzweifelte ich immer mehr und fragte mich, was ich überhaupt noch vom Leben zu erwarten hätte. Dann folgten schließlich immer wieder Suizidversuche, die jedes mal in der Psychiatrie endeten. Bei einem Psychiatrie - Aufenthalt musste ich wiederkehrende Zwangsmaßnahmen über mich ergehen lassen. 4 Wochen wurde ich sogar in einem Isolierzimmer gesteckt und war von der ganzen Außenwelt und meinen Mitpatienten ausgegrenzt. Auch die Mahlzeiten durfte ich nicht mit den Mitpatienten einnehmen, so wie es ansonsten üblich ist. Nachdem ich dann doch irgendwann aus der Klinik entlassen wurde und ich mich so halbwegs von den Traumata erholt hatte, bin ich nach Osnabrück gezogen. Die wahren Ursachen der Behinderung wurden erst nach ca. 9 Jahren Leidensweg in Osnabrück diagnostiziert. Hier konnte ich mir nämlich meine Ärzte aussuchen, die genau wie ich an der Ursache interessiert waren. Dabei hat sich herausgestellt, dass ich einen Schiefhals habe und dadurch die Nervenbahnen im Nacken eingeklemmt sind. Dieses führt dazu, dass die Signale vom Gehirn nicht an den Körperextremitäten übertragen werden. Hinzu kommt, dass ich an einer Fibromyalgie leide, die auch mit extremen Schlafstörungen einhergeht. Wegen dieser Schlafstörungen war ich mittlerweile nicht mehr in der Lage, morgens um 6:30 Uhr auf zu stehen, obwohl ich jeden Abend um ca. 22 Uhr schlafen ging. Da sich dieses frühe Aufstehen für mich zu einer Qual entwickelte, stellte mein Arzt mir eine Bescheinigung für die WFBM aus, dass ich nur noch in der Lage sei, ab 12 Uhr zu arbeiten. Da die WFBM auf die Anforderung, ab mittags zu arbeiten, nicht einging, war ich

gezwungen, meine Tätigkeit dort aufzugeben.

Meine derzeitigen Lebensverhältnisse

Einkommen:

EU-Rente: 313 €

Grundsicherung: 550 €

Abzüge:

Miete: 450 €

Strom: 19 €

Kabelanschluss: 13 €

Telefon und Internet: 75 €

Vereine: ca. 3,50 €

Kontogebühren: ca. 7,70 €

Summe Einkommen: 863 €

Summe Ausgaben: 568,20 €

Restsumme: 294,80 €

Davon müssen noch folgendes bezahlt werden:

- Lebensmittel und Getränke,
- Kleidung und Schuhe,
- Kosmetika
- kulturelle Veranstaltungen,
- Medikamente
- Reparaturen
- usw....

Die Folge = verminderte Lebensqualität

Ich kann mir keinen Urlaub mehr leisten, so wie früher.

Meine Bekleidung muss ich mir oft aus der Kleiderkammer besorgen. Einkaufen kann ich nur noch bei Aldi oder Lidl

Kaum Teilhabe am kulturellen Leben, da eine Konzertkarte schon mindestens 20 Euro kostet. Somit muss ich auch darauf verzichten. Man lebt nur noch von der Hand im Mund.

Bei Schäden oder defekte Geräte fehlt mir das Geld für Neuanschaffungen. In solche Fällen bin ich gezwungen, entweder einen Kredit aufzunehmen oder meine Mutter an zu schnorren.

Das führt bei mir zu großen Existenzängsten. Jedes Jahr muss ich einen neuen Antrag auf Weiterbewilligung der Grundsicherung stellen. Ebenso muss ich jedes Jahr einen neuen Antrag auf Erstattung von Nebenkosten der jährlichen Nebenkostenabrechnung stellen. Oft werden diese Anträge vom Amt abgelehnt. Das bedeutet für mich, dass ich zum Anwalt gehen muss, um Widerspruch einzulegen. Dann heißt es für mich: Hoffen Hoffen Hoffen!

Hier schildere ich mal ein Exempel aus meinen Erfahrungen mit den Behörden:

Da ich für einen Zahnersatz eine Zuzahlung von 210 Euro leisten musste, beantragte ich beim Grundsicherungsamt die Übernahme dieser unverzichtbaren Kosten. Diese wurden leider vom Amt abgelehnt. Somit verkaufte ich meine alte CD-Sammlung bei Ebay, um davon die Zahnarztrechnung zu begleichen. Als ich dann das Geld zusammen hatte, habe ich die Zahnarztrechnung überwiesen. Beim folgenden Weiterbewilligungsantrag für die Grundsicherung fielen dem Amt diese Ebay-Einnahmen für die alten CD's auf meinen Kontoauszügen auf. Als Folge daraus hat das Amt mir die Grundsicherung fristlos gesperrt und für die Zukunft abgelehnt. Ich war wieder gezwungen, mit einem Anwalt rechtliche Schritte einzuleiten. Es folgte eine

richterliche Verfügung, wodurch das Grundsicherungsamt gezwungen war, mir die Grundsicherung in voller Höhe weiter zu zahlen, bis das Sozialgericht ein Urteil darüber gefällt hatte. Ca. 3 Jahre musste ich warten, bis das Gericht mir recht gab und die Einnahmen für die CD's rechtmäßig waren, um die Zahnarztrechnung damit zu bezahlen.

Aktuelle rechtliche Situation:

Am 9. Februar 2010 erfolgte ein Urteil vom Bundesverfassungsgericht zu den Hartz IV-Regelsätzen.

Die Regelsätze entsprechen nicht der Verfassung und verstoßen somit gegen Art. 1 und Art. 20 des Grundgesetzes, weil sie nicht ausreichend nachvollziehbar aufgegliedert sind.

Die Regierung muss bis Ende dieses Jahres die Regelsätze nachvollziehbar definieren und für jeden überschaubar darstellen. Außerdem müssen die Regelsätze an die Einkommens- und Verbrauchsstatistik angepasst werden.

Das Ergebnis:

Die Regierung reagierte darauf mit einer Erhöhung von 5 Euro pro Monat ab Januar 2011.

Da frage ich mich, warum am Ende des Geldes immer noch so viel Monat übrig bleibt??

**Doris Steenken,
Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.
Mitglied im niedersächsischen Psychiatrieausschuss**